2 Wesentliche Inhalte des Prüfungsberichts im Sinne von § 114 Abs. 4 Satz 2 GemO

Nach § 114 Abs. 4 Satz 2 GemO in Verbindung mit § 101 GemO, § 31 StiftG hat der Hospitalverwalter den Stiftungsrat (mindestens) über den wesentlichen Inhalt des Prüfungsberichts zu unterrichten. Mit der Bekanntgabe des folgenden Kapitels 2 kann dieser Informationspflicht genügt werden. Auf ein entsprechendes Verlangen ist jedem Mitglied des Stiftungsrats Einsicht in den Prüfungsbericht zu gewähren. Zu den datenschutzrechtlichen Belangen u.a. siehe Kapitel 1 (Allgemeine Hinweise).

2.1 Örtliche Prüfung der Bauausgaben

Die Stiftung ist nicht verpflichtet, eine örtliche Prüfung als besondere Organisationseinheit einzurichten. Eine örtliche Prüfung der Bauausgaben der Stiftung findet in diesem Sinne nicht statt.

2.2 Einzelfeststellungen zu den geprüften Bauausgaben

Umbau des Bürgerheims Biberach – Haus 1

Die Bindefrist wurde auf einen zu langen Zeitraum vereinbart. (Rdnr. 1)

Entgegen der VOB/A wurden Sicherheitsleistungen für Mängelansprüche auch bei Aufträgen unter 250.000 EUR gefordert. (Rdnr. 2)

Von den Unternehmern wurden keine schriftlichen Nachtragsangebote eingereicht, so dass die neuen Preise ohne Begründung in den jeweiligen Schlussrechnungen abgerechnet worden sind. (Rdnr. 3)

Die vertraglich vereinbarten Bautagesberichte der Auftragnehmer lagen nicht vor. (Rdnr. 4)

Der Auftragnehmer für die Außenanlagen wurde überzahlt. (Rdnr. 5)

2.3 Prüfungsbegleitende Empfehlungen

Das Einhalten der „Stammersonalklausel“ sollte bei der Bauausführung künftig überwacht werden.

Es wird empfohlen, die mehrfache Angabe von Nachlässen in den Vergabeunterlagen im Leistungsverzeichnis zu vermeiden.